Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD

und

Antwort

des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Sicherheit der Stromversorgung in Baden-Württemberg nach Abschaltung der Kernkraftwerke

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Möglichkeiten hat das Land, Netzbetreibern die Ausgestaltung der Netze und der Versorgungssicherheit, zum Beispiel durch Netzstabilisierungsanlagen, verbindlich vorzuschreiben?
2. Wann werden die laut Integriertem Energie- und Klimaschutzkonzept (IEKK) bis zum Jahr 2020 zwingend erforderlichen Netzstabilisierungsanlagen verfügbar sein?
3. Hat der Umstand, dass der Bund gegen den von der Landesregierung präferierten Kapazitätsmarkt votiert hat und damit nach Meinung der Landesregierung „keine ausreichenden Anreize für die Errichtung neuer Gaskraftwerke bestehen“, zur Konsequenz, dass neue Gaskraftwerke nicht entstehen werden?
4. Welche Netzstabilisierungsanlagen mit welcher Leistung sind aktuell geplant oder im Bau unter Darlegung, welche Systemdienstleistungen ihnen zugeordnet sind (Regel-, Reserveleistungsvorhaltung)?
5. Welche Interimsvorkehrungen werden getroffen/sind getroffen worden, um die Versorgungssicherheit nicht zu gefährden?
6. Warum hält sie entgegen der Studie „Versorgungssicherheit in Süddeutschland bis 2025 – sichere Nachfragedeckung auch in Extremsituationen?“ die Autarkie des eigenen Stromnetzes für „weder erforderlich noch sinnvoll“ (Zitat aus Drucksache 16/5847) und präferiert stattdessen, wie am 6./12./25. Juni 2019 wieder geschehen, den zum großen Teil fossil und kerntechnisch erzeugten Strom aus dem Ausland?
7. Woher soll, sofern weiterhin die Absicht besteht Gaskraftwerke zu bauen, das Gas bezogen werden?

8. Geht sie unverändert von einer im IEKK genannten Minderung des Gasverbrauchs der „Haushalte“ um 26 Prozent aus und können damit die fehlenden zwei GW an Kraftwerksleistung kompensiert werden?
9. Besteht eine Möglichkeit – wenn ja, unter welchen Bedingungen – Philippsburg 2 und/oder Neckarwestheim 2 nach ihrer Abschaltung als Kapazitätsreserve vorzuhalten?
10. Dürfen auch nach Fertigstellung der Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Leitungen (HGÜ) im Jahr 2025 Netzstabilisierungsanlagen weiterbetrieben werden oder sind sie zurückzubauen?

02. 09. 2019

Dr. Grimmer AfD

Begründung

Der Landesregierung von Baden-Württemberg ist spätestens seit der Publikation ihres IEKK im Jahre 2014 bekannt, dass nach der Abschaltung der letzten beiden Kernkraftwerksblöcke 2000 Megawatt an Kraftwerksleistung fehlen werden. Die Kleine Anfrage soll klären, bis wann die laut IEKK bis zum Jahr 2020 zwingend zu schaffenden Netzstabilisierungsanlagen verfügbar sein werden.

IEKK Seite 42:

„Zur Sicherstellung einer verlässlichen Stromversorgung benötigt Baden-Württemberg einen Zubau an konventionellen Kraftwerken. [...] Bis zum Jahr 2020 sollen zusätzlich 2.000 MW Kraftwerksleistung auf Basis Erdgas im Land installiert sein, davon 1.000 MW in Kraft-Wärme-Kopplung.“

Antwort

Mit Schreiben vom 26. September 2019 Nr. 6-4516/83 beantwortet das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Welche Möglichkeiten hat das Land, Netzbetreibern die Ausgestaltung der Netze und der Versorgungssicherheit, zum Beispiel durch Netzstabilisierungsanlagen, verbindlich vorzuschreiben?

Die Gewährleistung eines sicheren Netzbetriebs ist in Deutschland die Aufgabe der Übertragungsnetzbetreiber (§ 12 EnWG). Sie planen und warten das Höchstspannungsnetz, regeln den Netzbetrieb und stimmen Stromerzeugung und -nachfrage aufeinander ab. Das Bundeswirtschaftsministerium führt nach § 51 des EnWG alle zwei Jahre ein Monitoring zur Versorgungssicherheit im Bereich der leitungsgebundenen Versorgung mit Elektrizität durch. Auch das Umweltministerium legt bei seinem jährlichen Monitoringbericht der Energiewende in Baden-Württemberg einen Schwerpunkt auf das Thema Versorgungssicherheit.

2. *Wann werden die laut Integriertem Energie- und Klimaschutzkonzept (IEKK) bis zum Jahr 2020 zwingend erforderlichen Netzstabilisierungsanlagen verfügbar sein?*
4. *Welche Netzstabilisierungsanlagen mit welcher Leistung sind aktuell geplant oder im Bau unter Darlegung, welche Systemdienstleistungen ihnen zugedacht sind (Regel-, Reserveleistungsvorhaltung)?*

Die Fragen 2 und 4 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Ein Ziel zur Erforderlichkeit von Netzstabilisierungsanlagen ist im IEKK nicht enthalten.

Die EnBW AG hat vom Übertragungsnetzbetreiber TransnetBW den Zuschlag zur Vorhaltung eines neuen 300-Megawatt-Gasturbinenkraftwerks als sogenanntes „besonderes netztechnisches Betriebsmittel“ erhalten. Die Anlage muss TransnetBW ab dem 1. Oktober 2022 zum Abruf zur Verfügung stehen. Die Anlage soll als Betriebsmittel des Übertragungsnetzbetreibers nach dem n-1-Kriterium die Netzsicherheit auch dann gewährleisten, wenn eine Netzkomponente ausfällt.

Die Bundesnetzagentur veröffentlicht regelmäßig den Bedarf an Kraftwerksleistung in der Netzreserve. In ihr werden flexible Kraftwerksleistungen vorgehalten, die bei Netzengpässen, Spannungsverlusten oder nach einem Blackout aktiviert werden können. Die Netzreserve wird aus Anlagen gebildet, die momentan nicht betriebsbereit sind, aber von den Übertragungsnetzbetreibern als systemrelevant eingestuft werden, und aus systemrelevanten Anlagen, die vorläufig oder endgültig stillgelegt werden sollten, sowie aus geeigneten Anlagen im europäischen Ausland.

Die Kapazitätsreserve wird ebenfalls aus bestehenden Erzeugungsanlagen, Speichern oder Lasten gebildet. Diese werden außerhalb des Strommarkts vorgehalten und bei Bedarf auf Anweisung der Übertragungsnetzbetreiber mit Regelzonenverantwortung nach Ausschöpfung der marktlichen Alternativen eingesetzt. Bemessen ist die Kapazitätsreserve auf 2 GW Leistung. Die Übertragungsnetzbetreiber führen die Ausschreibung für den ersten Erbringungszeitraum (1. Oktober 2020 bis 30. September 2022) zwischen dem 1. September 2019 und dem 1. Dezember 2019 durch.

3. *Hat der Umstand, dass der Bund gegen den von der Landesregierung präferierten Kapazitätsmarkt votiert hat und damit nach Meinung der Landesregierung „keine ausreichenden Anreize für die Errichtung neuer Gaskraftwerke bestehen“, zur Konsequenz, dass neue Gaskraftwerke nicht entstehen werden?*

Die Rahmenbedingungen für die Stromerzeugung, also auch für die Errichtung von neuen Kraftwerken, werden auf Bundesebene gesetzt. Im Rahmen der bundesweiten Debatten um das sogenannte Marktdesign hatte sich Baden-Württemberg intensiv für die Schaffung eines Kapazitätsmechanismus eingesetzt. Entgegen dieser Bemühungen hat sich der Bundesgesetzgeber gegen die Einführung eines Kapazitätsmarktes entschieden und stattdessen verschiedene Reserveinstrumente implementiert. Diese Reserveinstrumente tragen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit mit elektrischer Energie bei. Angesichts des anstehenden Atom- und Kohleausstiegs wird sich die Landesregierung weiterhin für die Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen auf Bundesebene einsetzen, um die Versorgungssicherheit in Baden-Württemberg auch in Zukunft zu gewährleisten.

5. *Welche Interimsvorkehrungen werden getroffen/sind getroffen worden, um die Versorgungssicherheit nicht zu gefährden?*

Das Gesetz zur Weiterentwicklung des Strommarktes (Strommarktgesetz) sieht die Einrichtung verschiedener Mechanismen zur Reserveleistungsvorhaltung vor, damit immer genug Kraftwerke bereitstehen, die aktiviert werden können, wenn einmal nicht genug Strom im Markt bereitstehen sollte, um die Stromnachfrage zu decken. Diese Mechanismen sind insbesondere die Netzreserve (§ 13 d EnWG), die Kapazitätsreserve (§ 13 e EnWG), die Sicherheitsbereitschaft von Braunkohlekraftwerken (§ 13 g EnWG) und besondere netztechnische Betriebsmittel (§ 11 Abs. 3 EnWG)

6. *Warum hält sie entgegen der Studie „Versorgungssicherheit in Süddeutschland bis 2025 – sichere Nachfragedeckung auch in Extremsituationen?“ die Autarkie des eigenen Stromnetzes für „weder erforderlich noch sinnvoll“ (Zitat aus Drucksache 16/5847) und präferiert stattdessen, wie am 6./12./25. Juni 2019 wieder geschehen, den zum großen Teil fossil und kerntechnisch erzeugten Strom aus dem Ausland?*

Die Aussage, die Autarkie des baden-württembergischen Stromnetzes sei weder erforderlich noch sinnvoll, steht nicht im Widerspruch zur Studie „Versorgungssicherheit in Süddeutschland bis 2025 – sichere Nachfragedeckung auch in Extremsituationen?“. Darüber hinaus gelten weiterhin die Aussagen aus der Antwort zur Drucksache 16/5847, dass die baden-württembergische Stromversorgung Teil des deutschen Marktgebietes sowie des europäischen Strombinnenmarktes ist. Dies hat zur Folge, dass es ständigen Stromaustausch innerhalb sowie zwischen den verschiedenen Marktgebieten gibt. Zum Ausgleich von unvorhersehbaren Situationen trägt der europäische Verbund maßgeblich bei. Dies gewährleistet eine sichere, bezahlbare und umweltschonende Stromversorgung.

7. *Woher soll, sofern weiterhin die Absicht besteht Gaskraftwerke zu bauen, das Gas bezogen werden?*

Notwendige Kapazitäten zur Gasversorgung werden im Rahmen eines Neubaus von Gaskraftwerken an den jeweiligen Gasnetzbetreiber gemeldet und nach Prüfung in den Prozess des Netzentwicklungsplans Gas eingespeist. In diesem Prozess werden die Maßnahmen durch die Bundesnetzagentur geprüft und genehmigt. Die Gasnetzbetreiber stellen dann die Umsetzung und Versorgung sicher.

8. *Geht sie unverändert von einer im IEKK genannten Minderung des Gasverbrauchs der „Haushalte“ um 26 Prozent aus und können damit die fehlenden zwei GW an Kraftwerksleistung kompensiert werden?*

Aufgrund des derzeit laufenden Novellierungsprozesses des Klimaschutzgesetzes und der damit verbundenen Fortschreibung des IEKK können hierzu keine Aussagen getroffen werden. Beide Vorhaben werden zu gegebener Zeit in die jeweiligen parlamentarischen Verfahren eingebracht.

9. *Besteht eine Möglichkeit – wenn ja, unter welchen Bedingungen – Philippsburg 2 und/oder Neckarwestheim 2 nach ihrer Abschaltung als Kapazitätsreserve vorzuhalten?*

Diese Möglichkeit besteht nicht. Nach § 7 Atomgesetz erlischt die Berechtigung zum Leistungsbetrieb von Anlagen zur Spaltung von Kernbrennstoffen zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität zu den dort aufgeführten Daten. Für das Kernkraftwerk Philippsburg 2 ist dabei der 31. Dezember 2019 und für das Kernkraftwerk Neckarwestheim 2 der 31. Dezember 2022 festgesetzt.

10. *Dürfen auch nach Fertigstellung der Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Leitungen (HGÜ) im Jahr 2025 Netzstabilisierungsanlagen weiterbetrieben werden oder sind sie zurückzubauen?*

Laut Ausschreibung der zuständigen Übertragungsnetzbetreiber vom 26. Juni 2018 sind die Verträge der besonderen netztechnischen Betriebsmittel vom 1. Oktober 2022 bis zum 30. September 2032, also auf zehn Jahre, ausgelegt.

Untersteller

Minister für Umwelt,
Klima und Energiewirtschaft